

1. Bezirk – Innere Stadt

Angenommene Anträge aus den
Bezirksvertretungssitzungen 2023

Betrifft: „ÖKlos“ im Rudolphspark und Hermann-Gmeiner Park (Paul Pasquali)

Die Mitglieder der Sozial- und Generationenkommission stellen folgenden

Antrag

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, in der warmen Jahreszeit im Rudolphspark und im Hermann-Gmeiner Park jeweils ein „ÖKlo“ aufzustellen.

Begründung:

Familien mit Kindern besuchen gerne die Parkanlagen im Rudolphspark, bzw. Hermann-Gmeiner Park. Kinder sollen ihre Notdurft in einem Klo in einer sicheren Parkanlage, anstelle in einer der umliegenden Gaststätten, verrichten können. Festverbaute öffentliche Bedürfnisanstalten sind in diesen Parks nicht vorhanden. Die ÖKlos sind sehr stabile Mobiltoiletten, die ohne schädliche Chemikalien auskommen und aus Holzplatten gebaut sind. Der Probebetrieb eines ÖKlos im Hermann-Gmeiner Park hat sich sehr bewährt.

Betrifft: Umsetzung der Kunststoffhufe für Fiakerpferde (Stefan Ebner)

Die Mitglieder der Verkehrs- und Wirtschaftskommission Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Die Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität und der Magistrat der Stadt Wien werden ersucht, das Projekt „Kunststoffhufe für Fiakerpferde“ für alle Fiaker in der Inneren Stadt umzusetzen.

Begründung:

Kunststoffhufe für Fiakerpferde sind geeignet die Schäden am Straßenbelag deutlich zu reduzieren. Dadurch werden sowohl die Kosten der Straßenerhaltung und Instandsetzung reduziert, als auch größere Flexibilität bei der Wahl der Fahrbahnoberflächen entlang der Fiakerrouen ermöglicht. Die Kunststoffhufe, ihre Anwendungsmöglichkeiten und Auswirkungen auf die Pferde wurden inzwischen wissenschaftlich umfangreich untersucht. Auch Vorteile für die Tiere wurden dabei aufgezeigt. Die Stadträtin hat vor einem Jahr auf einen ähnlichen Antrag der Bezirksvertretung geantwortet, dass die zuständigen Abteilungen das Projekt prüfen. Es ist jetzt endlich an der Zeit, dass die Fiakerpferde in der Inneren Stadt mit tierschutzgerechten Kunststoffhufen ausgestattet werden.

Betrifft: „Flächentausch“ in Wohnzonen (Markus Reiter)

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP, GRÜNEN, NEOS und FPÖ Innere Stadt stellen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, die Wiener Bauordnung bei der anstehenden Novelle dahingehend zu ändern, dass zum Erhalt von Wohnraum bei der Genehmigung von Ausnahmen von Wohnungsumwidmungen in Wohnzonen nach §7a Abs. 5 Wr. BO („Flächentausch“ – wenn zugleich anderer Wohnraum in räumlicher Nähe in zumindest gleichem Ausmaß geschaffen wird)

- a) die räumliche Nähe des geschaffenen Ersatzwohnraums im selben Wohnbezirk gewährleistet ist und
- b) der bereits abgetauschte Ersatzwohnraum im Falle eines weiteren Abtausches örtlich nicht so abgetauscht werden kann, dass sich die Entfernung zum Ursprungsobjekt weiter vergrößert.

Begründung

Insbesondere durch das unterschiedliche Preisniveau von Wohnungen in unterschiedlichen Bezirken, ist der Anreiz groß, Ersatzwohnraum zwar in räumlicher Nähe, aber im „billigeren“ Bezirk bereitzustellen. Dies führt zum schleichenden Verlust von Wohnungen und damit auch von Wohnbevölkerung im Bezirk. Darüber hinaus wird solcherart die (politische) Kontrolle erschwert, ob und wie lange der Ersatzwohnraum auch als solcher genutzt wird, oder ob er seinerseits umgewidmet wird. Der Ersatzflächenausgleich für Ausnahmen in Wohnzonen (§ 7a Abs. 5 Wr. BO) soll für neu geschaffene Wohnflächen im gleichen Bezirk sein.

Die unterfertigten BezirksrätInnen der SPÖ, ÖVP, GRÜNE, NEOS, FPÖ Innere Stadt stellen folgenden

ANTRAG

Verlängerung Linie 71

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der zuständige Stadtrat wird ersucht, mit den Wiener Linien Verhandlungen zwecks Verlängerung der Linie 71 von der derzeitigen Endstation Börse bis zur Station Schottenring aufzunehmen. Der Betrieb auf der verlängerten Linienführung möge zum ehestmöglichen Zeitpunkt nach Einstellung der Linie U2Z aufgenommen werden.

BEGRÜNDUNG

Die Verlängerung der Linie 71 zur U-Bahn-Station Schottenring würde die öffentliche Erschließung für viele Bewohner:innen und Beschäftigte im Umfeld der Station Schottenring weiter verbessern. Fahrgäste der Linie 71 würden eine wertvolle Umsteigerelation zu den Linien U4 und 31 gewinnen.

Die vor einigen Jahren für die Linie U2Z adaptierte Umkehrschleife in der Station Schottenring könnte von der Linie 71 sinnvoll weiterverwendet werden.

Betrifft: Maßnahmenplan Tourismus in der Inneren Stadt (Gregor Kaldi)

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Volkspartei Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Der zuständige Stadtrat und der Magistrat der Stadt Wien werden ersucht, der Verkehrs- und Wirtschaftskommission über die konkreten Maßnahmen zur Steuerung des Tourismus in der Inneren Stadt zu berichten und insbesondere folgende Fragen zu beantworten:

- Welche Steuerungsmaßnahmen werden gesetzt, die Kapazitätsgrenzen des Overtourism und damit einhergehende Be- und Überbelastungen in der Wiener Innenstadt zu erkennen und zu gestalten?
- Welche Maßnahmen werden gesetzt, um die Qualität des öffentlichen Raums vor Vereinnahmung durch Fahrgelegenheiten wie Fahrradtaxi, Segways oder E-„Oldtimer“ und andere Fahrzeuge mit (nominell) weniger als 10 Km/h Höchstgeschwindigkeit zu schützen?
- Welche Maßnahmen werden gesetzt, um die Qualität des öffentlichen Raums vor überbordendem Straßenverkauf oder vor „Verramschung“ zu schützen?
- Welche konkreten Ergebnisse brachte die Analyse und Einbindung der Stakeholder des Tourismus-, Stadt-, Regional- und Standortmanagements sowie Bewohnerinitiativen insbesondere zu Infrastrukturprojekten?
- Welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Besucherströme zeitlich und räumlich zu entzerren?
- Welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Bedürfnisse und Interessen von Bewohnerinnen und Bewohnern der Inneren Stadt im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung und eines sorgsamsten Umgangs mit Ressourcen zu berücksichtigen?

Begründung:

Die Bezirksvertretung unterstützt das Ziel eines qualitätsvollen nachhaltigen Tourismus in der Inneren Stadt. Daher wurde in der Bezirksvertretungssitzung vom 15. Juni 2022 (Antrag S 1344700/22) der Magistrat ersucht, ein Konzept für die nachhaltige Entwicklung des Tourismus in der Inneren Stadt zu entwickeln. Der Antrag wurde von Stadtrat Hanke mit Auszügen aus der Visitor Economy Strategie des Wien Tourismus beantwortet. Die Visitor Economy Strategie des Wien Tourismus sieht vor, eine Balance zwischen Besucherinnen und Besuchern und Bewohnerinnen und Bewohnern und der Entwicklung des Tourismus sowie der lokalen Bevölkerung zu schaffen. Für die vom Tourismus besonders betroffene Innere Stadt sind die konkreten Maßnahmen zur Erreichung der Strategie wichtig.

Betrifft: Schanigärten im Winter (Gregor Raidl)

Die Mitglieder der Verkehrs- und Wirtschaftskommission der Bezirksvertretung Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Die Stadtregierung wird ersucht, den wiederholten Wunsch der Bezirksvertretung, dass keine ganzjährige Belassung von (Sommer-) Schanigärten mehr ermöglicht wird, zur Kenntnis zu nehmen und in Folge zu berücksichtigen.

Begründung:

Die COVID Pandemie wurde offiziell für beendet erklärt und daher sollte auch die Nutzung des öffentlichen Raums wieder wie vor der Pandemie stattfinden. Die große Anzahl an Schanigärten in der Inneren Stadt beansprucht den öffentlichen Raum sehr stark und erschwert dessen anderweitige Nutzung. Die ganzjährige private Nutzung des öffentlichen Raums durch Schanigärten ist nicht im Interesse des Bezirks. Viele Schanigärten wurden in den letzten Wintern als günstige Lagerfläche für die Möblierung genutzt und weniger für den Betrieb. Dafür ist der öffentliche Raum zu kostbar. Der Einsatz von Außenheizungen steht im Widerspruch zum Klimaschutz.

Die Bezirksvertretung hat sich bereits im September 2021 (Antrag S 1121029/21) und Juni 2022 (S 1344524/22) gegen eine Verlängerung der Schanigärten über den gesamten Winter ausgesprochen.

Betrifft: Aufstellung von Boxen durch die MA 48 (Irene Falzeder)

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Volkspartei Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Der Magistrat der Stadt Wien möge hintanhaltend, dass auf den Straßen und Plätzen der Inneren Stadt Boxen der MA 48 ohne Ermittlungs- und Begutachtungsverfahren aufgestellt werden.

Begründung:

Wie an den Fotos zum Neuen Markt und zum Schwedenplatz zu sehen, kommt es immer wieder zur Aufstellung von Boxen durch die MA 48 auf den Straßen und Plätzen der Inneren Stadt. Die Aufstellungen erfolgen oft in hoher Zahl und an prominenten Plätzen.

Die unabgestimmte Aufstellung der Boxen durch die MA 48 verwundert, insbesondere als der Stadtentwicklungsplan 2025 und diverse Fachkonzepte für den öffentlichen Raum insbesondere für Plätze und Straßen Gestaltungen vorgeben. So sollen die Aufenthaltsqualität, die Orientierung sowie Sichtbeziehungen gewährleistet bleiben. Die Vielzahl der Boxen verstellen am Schwedenplatz etwa Gehwege und hindern die freie Sicht über die prominenten Platz. Daher möge künftig durch ordentliche Verfahren gewährleistet werden, dass die Boxen nicht ohne weiteres aufgestellt werden.



Betrifft: Kontrolle Touristische Kurzzeitvermietungen (Markus Reiter)

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Volkspartei Innere Stadt ^{+ BRÜNE} stellen folgenden

Antrag

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, dem Bauausschuss mitzuteilen, welche Maßnahmen zur Kontrolle der Rechtmäßigkeit der gewerblichen Nutzung für kurzfristige Beherbergungszwecke in Wohnzonen nach § 7a Abs. 3 Wiener Bauordnung in der Inneren Stadt gesetzt wurden und noch geplant sind, nachdem der Verwaltungsgerichtshof vor rund einem Jahr das Verbot der „gewerblichen Nutzung“ bestätigt hat.

Begründung:

Seit Dezember 2018 ist die gewerbliche Kurzzeitvermietung von Wohnraum in ausgewiesenen Wohnzonen gemäß § 7a der Wiener Bauordnung grundsätzlich verboten. In der dazu anberaumten Sitzung des Bauausschusses vom 07.09.2021 wurde auf die Frage zur Kontrollintensität der diesbezüglichen Vorschriften in der Bauordnung durch den Magistrat darauf verwiesen, dass die MA 37 Strafverfahren zur gewerblichen Kurzzeitvermietung führe, diese aber noch nicht rechtskräftig seien. Die Rechtssicherheit für weitere Verfahren sei noch nicht gegeben.

Der VwGH hat mittlerweile seit einem Jahr bestätigt, dass die regelmäßige Kurzzeitvermietung von Wohnungen via Airbnb oder Booking.com als "gewerbliche Nutzung" gilt und damit in den Wiener Wohnzonen verboten ist (VwGH 24.5.2022, Ro 2020/05/0029).

Daher wird ersucht, dem Bauausschuss mitzuteilen, welche Kontrollmaßnahmen seitens des Magistrats bisher gesetzt wurden, ob bzw. wieviele Verwaltungsstrafen verhängt bzw. Verwaltungsstrafverfahren geführt werden und welche Maßnahmen zur Intensivierung der Kontrolltätigkeiten geplant sind, sodass der Wohnraum in der Inneren Stadt auch weiterhin für die Wohnbevölkerung zur Verfügung steht.

Betrifft: Erhalt des Weltkulturerbes Innere Stadt (Patricia Davis)

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Volkspartei Innere Stadt^{+ GRÜNE} stellen folgenden

Antrag

Die Stadtregierung wird ersucht, alle notwendigen Maßnahmen zu setzen, um den Verlust des Weltkulturerbe-Status für das historische Zentrum Wien zu verhindern und dessen Erhalt dauerhaft abzusichern.

Begründung:

Aufgrund akuter Gefährdung hat das UNESCO-Welterbekomitee das historische Zentrum Wien auf die Rote Liste des gefährdeten Weltkulturerbes gesetzt – neben Stätten in Afghanistan oder Jemen. Grund dafür sind die städtebaulichen Entwicklungen seit der Einschreibung im Jahr 2001, die den außergewöhnlichen universellen Wert bedrohen. Das Welterbekomitee als Entscheidungsgremium in Fragen des UNESCO-Welterbes entscheidet im September 2023 über die Streichung von Welterbestätten wie der des historischen Zentrum Wiens, deren "außergewöhnlicher universeller Wert" gefährdet ist. Deshalb wird die Stadt ersucht, konkrete Schritte zu unternehmen, um den Erhalt des Welterbestatus zu gewährleisten. Dazu gehört die Präzisierung der im Managementplan vorgeschlagenen Maßnahmen und deren vollständige Umsetzung. Wien muss endlich runter von der Roten Liste der gefährdeten Welterbestätten.

Die unterfertigten Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Innere Stadt stellen folgenden

ANTRAG

Gelbe Tonne in Hausmüllsammlung

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht zu prüfen, ob die „Gelbe Tonne“ in die Hausmüllsammlung integriert werden kann.

BEGRÜNDUNG

Seit dem 1. Jänner 2023 werden alle Verpackungen – außer Papier und Glas – in der gelben Tonne oder im gelben Sack gesammelt. Durch diese Änderung fällt viel mehr Müll für die gelbe Tonne im Haushalt an und eine Verringerung des Restmülles.

Für die gelbe Tonne und den gelben Sack sind geeignet:

- Plastikflaschen (für Lebensmittel wie z. B. Speiseöl, Essig, Milchprodukte oder Wasch- und Putzmittel, Körperpflegemittel)
- Getränkekartons
- Joghurtbecher
- Folien bzw. Luftpolsterfolien
- (Tiefzieh-)Schalen/Trays (z. B. für Obst, Gemüse, Takeaway, Wurst, Käse oder Kekse)
- Metallverpackungen (z. B. für Dosen, Getränkedosen, Konservendosen für Lebensmittel oder Tiernahrung, Durchmesser kleiner 20 cm)
- Menüscherben aus Metall (z. B. für Fertiggerichte, Tierfutter)
- Verschlüsse und Deckel von Gläsern, Flaschen und Tuben
- Sonstige Verpackungen (ausgenommen Altglas und Altpapier)

Die unterfertigten Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Innere Stadt stellen folgenden

ANTRAG

Sitzbänke Am Hof

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, die genehmigten Sitzbänke am Hof wieder aufzustellen und sicherzustellen, dass nach den Veranstaltungen die Sitzbänke wieder aufgestellt werden, ohne das Bezirksbudget zu belasten.

BEGRÜNDUNG

Durch diverse Festveranstaltung am Hof sind im Laufe der Zeit einige Sitzbänke verschwunden.

Die unterfertigten BezirksrätInnen der SPÖ Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Trinkbrunnen Schillerplatz/Schillerpark

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt Wien werden ersucht, einen Trinkbrunnen am Schillerplatz im Bereich des Parks zu errichten.

Begründung

Der Bereich im Schillerpark wird gerne von Personen zum Verweilen genutzt – gerne auch von Eltern mit Kindern, die ihre Zeit im Park bei Sonnenschein genießen. In der wärmeren Jahreszeit würde sich die Aufenthaltsqualität durch die Errichtung eines Trinkbrunnens deutlich erhöhen sowie als zusätzliche Möglichkeit zur gesundheitsfördernden Wasserzunahme im öffentlichen Raum anbieten. Der bestehende Hydrant bietet sich an um ihn gegen ein Modell mit der Möglichkeit zur Wasserentnahme auszutauschen.

Die Bezirksrätin und die Bezirksräte von NEOS Innere Stadt stellen folgenden

ANTRAG

Betreff: Brunnen und Wasserstellen

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt Wien werden ersucht, der Bezirksvertretung ein Verzeichnis ALLER Brunnen und Wasserstellen (Sprühnebel, etc.) in der Inneren Stadt samt den jeweils zuständigen Kontaktstellen zur Verfügung zu stellen. Insbesondere sollen auch nicht in Betrieb befindliche Brunnen erfasst und auf die Möglichkeit ihrer Inbetriebnahme geprüft werden.

Begründung:

Die Mitglieder der Bezirksvertretung möchten allfällige Mängel an Brunnen und Wasserstellen im Bezirk rasch und direkt an der richtigen Stelle melden können.

Darüber hinaus sollen alle historischen Brunnenanlagen erfasst werden, auch wenn nicht die MA31 dafür zuständig ist. Das betrifft eventuell auch Brunnen in Innenhöfen, die möglicherweise nicht in Betrieb sind und renoviert werden könnten. Auch diese Brunnen tragen einen guten Teil zur Kühlung durch fließendes Wasser in der Inneren Stadt bei und sollen erhalten werden.

Konkrete Beispiele:

- die beiden Brunnen am Ignaz-Seipel-Platz sind nicht im Verzeichnis der historischen Brunnen erfasst
- der im Stadtplan eingezeichnete „Goldflussbrunnen“ ist seit 2009 nicht mehr in der Kärntner Straße, sondern steht mittlerweile in Singapur
- der neue Brunnen vor Rotenturmstraße 21 funktioniert nicht richtig

(Liz Tanzer)

Die Bezirksrätin und die Bezirksräte von NEOS Innere Stadt stellen folgenden

ANTRAG

Betreff: Panoramafahrten in der Wohnstraße

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Magistratsabteilung der Stadt Wien wird ersucht, in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer bei Fuhrwerkern mit touristischem Angebot das Verbot touristischer Fahrten in Wohnstraßen durchzusetzen. Insbesondere betrifft das die Wohnstraße Köllnerhofgasse – Lugeck - Bäckerstraße – Sonnenfelsgasse.

Begründung:

In der Wohnstraße Bäckerstraße – Sonnenfelsgasse, die gleichzeitig eine frequentierte Radroute ist, fahren immer wieder Fahrzeuge mit Touristen durch und bleiben dabei auch stehen um Sehenswürdigkeiten zu erklären. Sie halten sich nicht immer an die vorgeschriebene Schrittgeschwindigkeit.

Vor allem die „E-Oldtimer Vienna“ Fahrer halten sich nicht an das Fahrverbot laut StVO, Lugeck und Basilisk sind u.a. ausgeschriebener Teil deren 90-Minuten Tour.

(Liz Tanzer)



Die Bezirksrätin und die Bezirksräte von NEOS Innere Stadt stellen folgenden

ANTRAG

Betreff: Mozartverkäufer:innen am Stephansplatz

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständige Magistratsabteilung der Stadt Wien wird ersucht, in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer die sogenannten „Mozartverkäufer“ am Stephansplatz an die Einhaltung der Verordnung zu erinnern, die ihnen Verkaufs- und Werbeaktivitäten im Bereich direkt vor dem Riesentor untersagt.

Begründung:

Dieser von Passant:innen und Kirchgänger:innen sehr stark frequentierte Bereich soll der Würde des Stephansdomes gerecht werden und daher frei von Verkaufs- und Werbeaktivitäten sein. Eine Verordnung, nach der die Verkäufer:innen sich nicht direkt vor dem Dom aufhalten dürfen, wurde nach einem entsprechenden Antrag aus dem Jahr 2018 erlassen und auch umgesetzt. In der letzten Zeit halten sich die Verkäufer nicht mehr daran.

(Liz Tanzer)

Betrifft: Bänke im öffentlichen Raum (Sophie Valtiner)

Die Mitglieder von ÖVP, SPÖ, Grünen, NEOS und FPÖ Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Der Magistrat wird ersucht bei Bescheiden für die Nutzung des öffentlichen Raums ~~schrittweise~~ zu erfassen

- ob Bänke entfernt werden
- von wem sie verbracht werden
- wohin sie verbracht werden.

Im Bescheid ist festzulegen bis wann und durch wen (Unternehmen, Kontaktdaten) die Bänke wieder aufzustellen sind, idealerweise auch mit den Ausmaßen der Bank sowie Anmerkungen über Rücken- und Seitenlehnen sowie das Modell oder ein Foto der Bank.

Begründung:

Auf den Straßen und Plätzen der Inneren Stadt werden häufig Sitzbänke entfernt. Ziel ist dabei die kurzfristige Entfernung etwa aufgrund von Bauarbeiten, Filmaufnahmen, Veranstaltungen oder anderen Nutzungen. Entsprechend werden die Bescheide auch von unterschiedlichen Magistratsdienststellen ausgestellt.

In der Praxis werden manche dieser Bänke nicht mehr aufgestellt und manche bleiben auch unauffindbar, was insbesondere, wenn die Bänke Sonderanfertigungen und Teil eines speziell hergestellten Ensembles sind, sehr unangenehm und teuer ist.

Die Niederschrift im Bescheid wäre eine Unterstützung für die Antragsteller, das Wiederaufstellen im Gedächtnis zu behalten. Für den Fall, dass Bänke trotzdem nicht wieder aufgestellt werden, wäre die einfachere Nachverfolgbarkeit der Zuständigkeiten und des Lagerortes hilfreich.

Auch erleichtert die Niederschrift im Bescheid den Überblick über verbrachte Bänke und die informelle Kontrolle der Wiederaufstellung durch die Bezirksrätinnen und Bezirksräte.

Nicht zuletzt belasten verschwundene Bänke, die wieder aufgestellt werden müssen, in der Regel das Bezirksbudget, was aus Sicht des Bezirks nicht akzeptabel ist.

In diesem Zusammenhang sei auch auf den einstimmig angenommen Antrag der Bezirksentwicklungskommission S 656339/22, Kartierung von Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum, vom 16.3.2022 hingewiesen.

Betrifft: Verringerung der Lichtverschmutzung

Die Mitglieder der Bezirksentwicklungs- und Stadtgestaltungskommission der
Bezirksvertretung Innere Stadt stellen folgenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der Stadtrat für Umwelt wird gebeten gemeinsam mit den anderen betroffenen Ressorts einheitliche Richtlinien für den Umgang mit Lichtimmissionen zu erarbeiten, um die negativen Auswirkungen der Lichtimmissionen auf Menschen und Umwelt zu reduzieren. Der Stadtrat wird außerdem darum gebeten auch die notwendigen bundesgesetzlichen Änderungen in seinem Wirkungsbereich zu unterstützen.

BEGRÜNDUNG

Die Lichtverschmutzung nimmt pro Jahr weltweit um bis zu 6 % zu. Private Lichtquellen, insbesondere Geschäftsbeleuchtungen und Gebäudeanstrahlungen sind für zwei Drittel des über Wien abgestrahlten Lichts verantwortlich. Die Innenstadt ist besonders stark von derartiger Lichtverschmutzung betroffen.

Sowohl Tiere und Pflanzen, als auch die menschliche Gesundheit werden durch Kunstlicht negativ beeinflusst. Die menschliche Gesundheit kann ebenfalls durch nächtliche Lichteinwirkung beeinträchtigt werden (z.B. erhöhte Krankheitsanfälligkeit bzw. Entstehung von Krebszellen). Außerdem können in Österreich nur mehr 10 % der Sterne am Nachthimmel beobachtet werden.

Der jährliche durch Lichtverschmutzung erzeugte Stromverbrauch geht mit Unmengen an Treibhausgasemissionen einher. Die Reduktion künstlicher Außenbeleuchtung ab 22: 00 Uhr auf ein sicherheitstechnisch notwendiges Maß würde daher auch eine wichtige Klimaschutzmaßnahme zur Erreichung der Klimaneutralität 2040 darstellen.

Bei der Maßnahmengestaltung gegen Lichtverschmutzung ist insbesondere Bedacht zu nehmen, dass sich Leuchtmittel im Spektrum der Farbtemperatur ≤ 3000 Kelvin (warmweiß) befinden. Leuchten sollten ihr Licht nur nach unten und nicht über die Horizontale abstrahlen ("Full-Cut-Off-Leuchten", für Details siehe Kapitel 4.4 der ÖNORM O 1052.)

Während die MA 33 hier vorbildlich zeigt, wie man mit dem Thema umgeht, ist das Thema in anderen Bereichen weitgehend unbeachtet. Durch die unterschiedlichen Lichtquellen sind auch unterschiedliche Dienststellen mit unterschiedlicher Spruchweise bzw. Beurteilungsgrundlage zuständig.

Lichtverschmutzung ist insgesamt Querschnittsmaterie, die aufgrund der Kompetenzenverteilung weder durch die Landesgesetzgebung noch durch die Bundesgesetzgebung alleine umfassend geregelt werden kann. In der Publikation „Wagner, Kerschner, Donat (Hrsg.), Lichtverschmutzung – Rechtliche Grundlagen und Vorschläge für eine Neuregelung, 2015 (Trauner Verlag)“ wird dies umfassend erläutert und es werden zudem konkrete Vorschläge für die Bundes- und Landesebene aufgezeigt. Nur durch eine ganzheitliche Behandlung der Auswirkungen von Lichtimmissionen, können negative Folgen für Mensch und Umwelt weitgehend reduziert werden.

Betrifft: Grünes Licht für die Verkehrsberuhigte Innere Stadt (Gregor Raidl)

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP, SPÖ, GRÜNE und NEOS Innere Stadt stellen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Innere Stadt fordert die Umsetzung aller rechtlichen, technischen und organisatorischen Voraussetzungen für die rasche Einführung des gemeinsamen Projekts *Verkehrsberuhigte Innere Stadt*.

Begründung:

Als nächster Schritt zur Umsetzung der Verkehrsberuhigung in der Inneren Stadt ist die Schaffung einer Gesetzesbestimmung in der Straßenverkehrsordnung (StVO) notwendig, die die Kontrolle der Verkehrsberuhigung mit Hilfe von modernen Fotokamerasystemen ermöglicht. Ein vom Österreichischen Städtebund und dem Klimaschutzministerium beauftragtes Rechtsgutachten beinhaltet auch einen möglichen Formulierungsvorschlag. Sollte die im Rechtsgutachten vorgeschlagene Formulierung nicht die Zustimmung der für Datenschutz zuständigen Abteilung im Justizministerium finden, möge raschestmöglich eine andere Formulierung gefunden werden. Unter Einhaltung der DSGVO und des DSG können Ein- und Ausfahrten in österreichische Stadtzentren auf Basis der zu schaffenden gesetzlichen Grundlage in der StVO automatisiert und damit effizient und wirksam kontrolliert werden. Vorbild dafür sind andere europäische Städte wie beispielsweise Turin oder Bologna, wo derartige Systeme bereits erfolgreich realisiert wurden. Auch zahlreiche andere österreichische Städte haben laut Umfrage des Städtebundes ein Interesse daran, dass diese Möglichkeit in der StVO geschaffen wird.

Mit Hilfe eines fotokamerabasierten automatisierten Zonenzufahrtsmanagements können laut der Machbarkeitsstudie des Planungsbüros Traffix ein Drittel weniger Einfahrten in den Ersten Bezirk erzielt, der Parkplatzsuchverkehr signifikant vermindert und die Stellplatzauslastung an der Oberfläche um rund ein Viertel reduziert werden. Auch die Zufahrtsmöglichkeiten in den Bereich innerhalb von Ring und Kai würden im Rahmen der Implementierung dieses neuen Systems von 34 auf 26 Zufahrten reduziert, womit sich neue Handlungsspielräume in Bezug auf die Nutzung des öffentlichen Raums eröffnen würden: Der dadurch gewonnene Freiraum bietet Platz für mehr aktive Mobilität und Begrünung, die die Aufenthalts- und Lebensqualität in der Wiener Innenstadt deutlich steigern und dieses Vorhaben zu einer wichtigen Klimaschutzmaßnahme machen würden.

Es gilt, die derzeit breite politische Zustimmung auf Bundes-, Stadt- und Bezirksebene zu diesem Vorhaben zu nutzen, um das Projekt sehr rasch umzusetzen.

Betrifft: Schattenspender für Sandkisten auf Spielplätzen (Cathrin Folie)

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Volkspartei Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, die Sonneneinstrahlungs- und Beschattungssituation insbesondere in den Sommermonaten bei den im Bezirk befindlichen Sandkisten auf den Spielplätzen im Hermann-Gmeiner-Park („Börsepark“) und Rathauspark zu prüfen. Falls festgestellt wird, dass die Kinder unter direkter Sonneneinstrahlung und in großer Hitze spielen müssen, sollen dem Bezirk konkrete Vorschläge zur Beschattung übermittelt werden.

Begründung:

Sandspielkisten sind insbesondere auch für jüngere Kinder ein viel genutztes Spielgerät in den Parks und Spielplätzen. Sie eröffnen den Kindern ein Spielen auf unterschiedliche Arten und fördern damit Kreativität. In den Sommermonaten soll daher ausreichend Schatten vorhanden sein, um ein Spielen auch bei großer Hitze zu ermöglichen. Schatten kann durch verschiedene Maßnahmen (Sonnensegel, Pergolas, etc.) erzielt werden.

Die unterfertigten Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Innere Stadt + Grüne stellen folgenden

ANTRAG

Trinkbrunnen im Jonny Moser Park

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, im Jonny Moser Park, bei der U-Bahn Station Schottenring, die Errichtung eines Trinkbrunnens zu prüfen und die Kosten dem Bezirk mitzuteilen.

BEGRÜNDUNG

Durch den Fussball- sowie Basketballplatz ist dort ein Trinkbrunnen in diesem Bereich für die aktiven Benutzer:Innen ein idealer Standort.

Betrifft: Dauerbelassung von Schanigärten (Gregor Raidl)

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP, SPÖ, GRÜNE, NEOS und FPÖ Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung stellt fest, dass ohne Einbindung der Bezirke beschlossen wurde, Schanigärten dauerhaft ganzjährig zu belassen und ersucht die Stadtregierung und den Magistrat der Stadt Wien so schnell wie möglich, weitere Zonierungs- und Nutzungskonzepte für die Innere Stadt zu erlassen. Weiters sollen die Bescheidauflagen von Schanigärten und insbesondere auch das räumliche Ausmaß und die tatsächliche Nutzung regelmäßig und konsequent durch den Magistrat kontrolliert werden. Für nicht genutzte Schanigärten sollen die Genehmigungen ~~zurückgezogen~~ ^{* entzogen} werden. Außenheizungen sollen von der Behörde im Ermessen nicht mehr genehmigt werden, ~~oder zumindest die Genehmigung an den Bezug von elektrischer Energie ausschließlich aus erneuerbaren Quellen gekoppelt sein.~~

Die Bezirksvertretung erkennt an, dass dem Magistrat in Zukunft bessere Instrumente im Umgang mit bescheidwidrigem Verhalten zur Verfügung stehen werden und spricht sich dafür aus, bei Schanigartengenehmigungen die rechtlichen Bestimmungen und Vorschriften konsequent auszulegen. Dies soll auch in den Stellungnahmen des Bezirks zu den Schanigartenanträgen entsprechend vertreten werden.

Begründung:

Die Bezirksvertretung hat sich wiederholt, im September 2021 (Antrag S 1121029/21), Juni 2022 (S 1344524/22) und Juni 2023 (S 753568/23), gegen eine Verlängerung der Schanigärten über den gesamten Winter ausgesprochen.

Die Belassung von Schanigärten über die Wintermonate stellt eine dauerhafte Entziehung und Privatisierung von knappem öffentlichem Raum dar. Die Innere Stadt ist aufgrund der höchsten Anzahl an Schanigärten aller Bezirke Wiens ganz besonders betroffen. Die ganzjährige private Nutzung des öffentlichen Raums durch Schanigärten ist nicht im Interesse des Bezirks. Viele Schanigärten wurden in den letzten Wintern als günstige Lagerfläche für die Möblierung genutzt und weniger für den Betrieb. Dafür ist der öffentliche Raum zu kostbar. Der Einsatz von Außenheizungen steht im direkten Widerspruch zu den Klimaschutzzielen der Stadt. Weiters ist eine schrittweise Erweiterung von privaten Lokalfächern in den Straßenraum zu befürchten, wie es in Einzelfällen bei sogenannten Wintergärten und massiven Schanigartenausbauten auf öffentlichen Grund bereits passiert. Die Bezirksvertretung wird sich dafür einsetzen, dass zukünftige Genehmigungen von Schanigärten im Rahmen der ~~rech~~ rechtlichen Möglichkeiten restriktiv erfolgen.

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte von ÖVP, SPÖ, Grüne und NEOS ~~Innen-Stadt~~ stellen folgenden

Antrag

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, künftig bei Public Private Partnership (PPP) Projekten gemeinsam mit dem Bezirk die folgenden, in der Bezirksentwicklungs- und Stadtgestaltungskommission erarbeiteten, Richtlinien zu berücksichtigen:

Transparenz

- *Alle Stakeholder, also insbesondere auch der Bezirk, müssen frühzeitig und ernsthaft in die Planungen eingebunden werden.*
- *Art der Einbindung: Die Einbindung der Bewohnerinnen und Bewohner erfolgt in Abstimmung mit dem Bezirk, die Einbindung der lokalen Wirtschaftstreibenden in Abstimmung mit der Wirtschaftskammer.*
- *Es ist Transparenz hinsichtlich der Investorinnen und Investoren und deren jeweiligen Zielen zu gewährleisten.*

Verkehr

- *Verkehrsrelevante Projekte sind unter Berücksichtigung der Auswirkung auf die Verkehrsströme der umgebenden Straßenzüge und Plätze und auf wichtige Routen des öffentlichen und des Lieferverkehrs zu planen.*
- *Stellplatzrückbau ist gestalterisch begründet möglich. Inakzeptabel ist kompletter und ersatzloser Stellplatzrückbau zu Lasten der Bewohnerinnen und Bewohner, während Sondernutzungen wie Hotelzonen, Lieferzonen, Taxistandplätze, Fiakerstandplätze oder Schanigärten unangetastet bleiben oder mehr werden.*
- *Radstände sind zumindest im selben Ausmaß zu erhalten, sollten aber vermehrt werden*
- *Es sind für alle wichtigen Relationen einer Örtlichkeit jeweils barrierefreie Korridore vorzusehen.*
- *Der Radverkehr soll so gut wie möglich gefördert werden, dazu gehört auch ein gut befahrbarer Untergrund.*

Gestaltungs- und Klimaziele

Die Gestaltung muss sich in die Gestaltungs- und Klimaziele des Bezirks einfügen sowie die übergeordneten Ziele der Stadt Wien beachten:

- *Bei Baumpflanzungen sind die Bäume so zu wählen und anzuordnen, dass hoch wachsende (bis zu 20m) und breitkronige (mind 10m) Sorten mit ausreichend Wurzelraum nachhaltig wachsen können. Es ist ausnahmslos automatische Bewässerung vorzusehen.*
- *Neue Pflasterung sollte merkbare Versickerungsmöglichkeiten bieten. Der Einsatz entsprechender, innovativer Materialien ist, bei geeigneten Projekten und unter Wahrung der Charakteristik des Stadtbildes, ausdrücklich erwünscht.*

- *Bodenflächen sollen möglichst wenig Hitze speichern, vorzugsweise möge entsiegelt werden, wobei aber aufgrund des Nutzungsdrucks die entsiegelten Flächen vorzugsweise begeh- bzw. befahrbar (Parkspuren) sind.*
- *Es sollen ausreichend konsumpflichtfreie Sitzgelegenheiten geschaffen werden.*
- *Weitere Möblierung möge angesichts der dichten Nutzung des Bezirks zurückhaltend und sparsam verwendet werden im Sinne von: Allfällige Nebelstelen in den Baumscheiben statt am Gehsteig, anstelle Hydranten und Trinkbrunnen Hydranten mit Trinkwasserentnahmefunktion ...*
- *Die Einzigartigkeit und der Charakter der Wiener Innenstadt soll in jeder Weiterentwicklung erhalten bleiben.*
- *Bestehende Serviceeinrichtungen wie beispielsweise Altstoffsammelzentren können – in Absprache mit der MA 48 - attraktiv gestaltet werden, sind aber jedenfalls innerhalb des Projektgebiets zu erhalten.*

Öffentlicher Mehrwert

Die Aufenthaltsqualität muss sich für Passantinnen und Passanten, Bewohnerinnen und Bewohner nachhaltig verbessern. Der öffentliche Mehrwert muss konkret darstellbar sein. Öffentliche Interessen dürfen privaten Interessen nicht untergeordnet werden.

Begründung

Es gibt immer wieder Wünsche von Investorinnen und Investoren, Teile der Inneren Stadt zu gestalten. Dass Private mit Public Private Partnership (PPP) Projekten Verantwortung für die Gestaltung des öffentlichen Raums übernehmen und diese auch finanzieren, ist prinzipiell erfreulich. PPP-Projekte werden daher seitens des Bezirks grundsätzlich ergebnisoffen betrachtet. Die Erfahrung hat gezeigt, dass es wichtig ist Interessen von Investorinnen und Investoren, Bewohnerinnen und Bewohnern, Wirtschaft und Besucherinnen und Besuchern der Inneren Stadt in einem ausgewogenen Verhältnis zu berücksichtigen.

Die Bezirksentwicklungskommission hat daher Spielregeln und Ziele für künftige Projekte dieser Art in der Inneren Stadt definiert. Diese dienen nicht nur zur Klarheit aller Beteiligten hinsichtlich des allgemeinen Vorgehens, sie schaffen auch Transparenz gegenüber allen Beteiligten und Betroffenen.

Betrifft: Zonierungskonzept für die Gehsteigbereiche der Ringstraße

Antrag

Die Mitglieder der Bezirksentwicklungskommission ersuchen den Magistrat der Stadt Wien, um ein Zonierungskonzept für den Gehsteigbereich der Ringstraße, der ordnet, wo und in welcher Tiefe der Gehsteig für Sondernutzungen wie insbesondere Schanigärten genutzt werden kann.

Es mögen dem Konzept dabei nicht nur Kriterien der Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs für die zu Fuß Gehenden sowie der Barrierefreiheit zu Grunde gelegt werden, sondern auch solche des Stadtbildes, die gewährleisten, dass die Großzügigkeit der breiten Gehsteige auch optisch erlebbar ist.

Begonnen werden möge mit einem ersten Teil, für den Bereich der inneren Ringseite zwischen Franz Josefs Kai und Kärntner Straße.

Begründung

Derzeit sind die Schanigärten am Gehsteig uneinheitlich breit und auch unterschiedlich angeordnet (entlang der Hausfassade oder anschließend an den Schanigärten in der Parkspur). Das erzeugt optische Unruhe und stellt für die zu Fuß Gehenden hinsichtlich des Gehflusses eine Beeinträchtigung dar.

Betrifft: **Weltkulturerbe historisches Zentrum von Wien –
Erhalt des Status UNESCO-Welterbe**

Die Bezirksentwicklungs- und Stadtgestaltungskommission der Inneren Stadt stellt folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung der Inneren Stadt unterstützt alle Bemühungen der Stadt Wien, das Weltkulturerbe „Historisches Zentrum von Wien“ zu erhalten. Daher möge der Magistrat der Stadt Wien die nächsten Schritte (Advisory Mission, Heritage Impact Assessment und Erstellung des State of Conservation Report) transparent und unter Beteiligung der Bezirksvertretung der Inneren Stadt durchführen. Zusätzlich möge in den zuständigen Kommissionen dargelegt werden, in welcher Form die bisher gesetzten Schritte die Arbeit im Bezirk zum Schutz des welterbekonformen Stadtbildes beeinflussen bzw. für diese Arbeit im Bezirk konkret genutzt werden können.

Begründung:

Die Bezirksvertretung der Inneren Stadt hat sich bereits mehrfach für den Erhalt des Weltkulturerbes „Historisches Zentrum von Wien“ ausgesprochen, das die Innere Stadt unmittelbar betrifft. Die UNESCO gibt Wien bis 1. Februar 2024 Zeit, weitere Argumente für den Erhalt des Prädikats Weltkulturerbe zu liefern. Die Stadt Wien möge gemeinsam mit der Bezirksvertretung der Inneren Stadt sicherstellen, dass es durch die Planung und Genehmigung nicht welterbekonformer Projekte zu keiner Gefährdung des Welterbestatus des historischen Zentrums von Wien kommt.

Die tägliche Arbeit im und für den Bezirk bedeutet auch, dass die Bezirksvertretung der Inneren Stadt über viel Expertise zu Problembereichen und potentiellen Gefährdungen verfügt und auch alle vorhandenen Mittel und Argumente zum Schutz der Inneren Stadt einsetzt. Wir unterstützen alle Bemühungen der Stadt Wien zum gemeinsamen Ziel des Erhalts dieses Status, der die Innere Stadt gleichermaßen auszeichnet wie schützt.

Betrifft: Radweg Freyung (Gregor Raidl)

Die Mitglieder der Verkehrs- und Wirtschaftskommission Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht zu prüfen, wie der Radweg auf der Freyung (auf Seite des Schottenstiftes) während der Zeit von Märkten und Veranstaltungen – insbesondere des Altwiener Christkindlmarktes – aufrechterhalten werden kann.

Das Ergebnis möge der Verkehrs- und Wirtschaftskommission Innere Stadt mitgeteilt und bei den kommenden Genehmigungsverfahren für Märkte und Veranstaltungen berücksichtigt werden.

Begründung:

Bei dem Radweg handelt es sich um einen Teil des Hauptradverkehrsnetzes und eine wichtige Radverbindung in der Innenstadt. Es soll geprüft werden, wie der Radweg aufrechterhalten werden kann.

Betrifft: Platzbenennung nach Salomon Sulzer (Vito Hopperwieser)

Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP, SPÖ, GRÜNEN, NEOS und FPÖ Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, die Verkehrsfläche um den Kreisverkehr Marc-Aurel-Straße/ Vorlaufstraße/ Sterngasse in Salomon-Sulzer-Platz zu benennen.

Begründung

Salomon Sulzer (1804 – 1890) war Begründer des modernen Synagogengesangs und wirkte im Stadttempel in der Seitenstettengasse als Kantor und Oberkantor. In der Seitenstettengasse befand sich auch seine Dienstwohnung.

Der bisherige Benennungsbeschluss der Bezirksvertretung aus dem Jahre 2007 hat sich als nicht durchführbar erwiesen.

Nun wünscht sich die Kultusgemeinde Wien die Benennung des Platzes um den Kreisverkehr Marc-Aurel-Straße / Vorlaufstraße / Sterngasse. Dieser Platz befindet sich unweit der Jerusalemstiege, welche sich auf dem Weg zu seiner ehemaligen Wirkungsstätte befindet.

Antrag: Taubenschlag Universitätsstraße
(Manuela Fiala)



Die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Innere Stadt stellen folgenden

Antrag

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, im Rahmen des Projekts „Planung der Neugestaltung der Universitätsstraße im Zuge U-Bahn-Bau U2/U5“ mit den Wiener Linien zu prüfen, ob in diesem Bereich bzw. der unmittelbaren Umgebung die Errichtung eines Taubenschlags zur Reduktion der Taubenpopulation (auf eine kleine, gesündere Population) im Stationsbereich Schottentor (vulgo „Jonasreindl“) möglich wäre. Dabei sollen entsprechend dem Beschluss der Bezirksvertretung vom 15. Dezember 2021 (siehe Anhang) die zuständige Stelle der Stadt Wien (jetzt MA49, Wildtierservice) zu Rate gezogen werden.

Begründung:

Im Bereich der U-Bahn - und Straßenbahnstation Schottentor gibt es eine besonders große Taubenpopulation, die dort auch nistet. Nach Expert*innenschätzung handelt es sich derzeit um ca. 300 Tiere.

Da gerade im Umfeld einer U-Bahnstation Tauben sehr viele Essensabfälle finden und dadurch leicht erkranken, wäre es dort besonders wichtig, Kontrolle über die Situation zu bekommen. Ziel ist eine kleinere, gesündere Taubenpopulation.

Betreute Taubenschläge mit Nistplätzen, an welchen regelmäßig die Eier gegen Attrappen getauscht werden, haben sich in vielen Städten weltweit bereits bewährt. Das Rondo in der Stationsmitte könnte eventuell ein geeigneter Ort für so einen Taubenschlag sein.

In seiner Antragsbeantwortung vom 24.2.2022 versichert der zuständige Stadtrat die Unterstützung von Taubenschlagprojekten durch die ihm zugeordneten Abteilungen.

Die Bezirksrätin und die Bezirksräte von NEOS Innere Stadt stellen folgenden

ANTRAG

Betreff: Ensembleschutz für Grünanlagen

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt Wien werden ersucht, einen Ensembleschutz für historische und erhaltenswerte Grünanlagen in der Inneren Stadt zu schaffen. Eine Expertengruppe soll die Bewertung und Planung zum Schutz solcher Grünensembles vornehmen.

Begründung:

Es gibt Grünanlagen, die als Ensembles geplant wurden und als solche, neben ihrem klimatischen Wert, einen ästhetischen Wert und einen Wert für die Stadtgestaltung darstellen. Die symmetrische Anordnung von Bäumen, Sträuchern oder Grünflächen gehört zum Repertoire klassischer Platzgestaltung. Die Wirkung der Platzgestaltung geht verloren, wenn man diese Ensembles auflöst. Wenn erst mal ein Element fehlt, wird der Ort nicht mehr als Platz empfunden und daher auch nicht als solcher respektiert.

(Liz Tanzer)

Die Bezirksrätin und die Bezirksräte von NEOS Innere Stadt stellen folgenden

ANTRAG

Betreff: Schanigarten-Begrenzungen

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, das Ausmaß bewilligter Schanigärten mittels nicht entfernbaren Erdnägeln oder durch ähnliche Hilfsmittel so zu markieren, dass diese(s) jederzeit sichtbar ist.

Begründung:

Damit wären Überschreitungen, die immer wieder behauptet werden, überprüfbar und kontrollierbar.

(Peter Landrichter)

Die freiheitlichen Bezirksräte stellen folgenden
(Markus Platt)

ANTRAG

betreffend: Aufhebung des Halteverbotes in der Löwelstraße vor ONr. 8-10

Die Bezirksvertretung wolle beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht die Aufhebung bzw. eine Verkürzung der vorgesehenen Uhrzeit des viel zu langen und stets leeren Halteverbotes (mit offizieller Wagenkarte) in der Löwelstraße zu prüfen.

BEGRÜNDUNG

Da das Halteverbot (mit offizieller Wagenkarte) in der Löwelstraße 8-10 stets leer zu sein scheint und dieses auch noch für eine enorm lange Zeit - nämlich von 08.11.2023 bis 26.04.2024, von 0 bis 24:00 Uhr - angesetzt ist, wäre eine Prüfung der Notwendigkeit dieses Halteverbotes (mit offizieller Wagenkarte) beziehungsweise eine Prüfung der Uhrzeiten dringend vonnöten!

